

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Christian Bunke, Manchester
12.12.2019

Arbeitskampf und Wahlkampf

Beschäftigte der Post, Bahn und des Bildungssektors gehen in Großbritannien auf die Barrikaden



Hannah McKay/REUTERS

Pendler in der Waterloo Station in London während des Bahnstreiks am 2. Dezember 2019

Es ist bald ein Jahrzehnt her, dass sich die britischen Gewerkschaften koordiniert gegen die Kürzungsmaßnahmen einer Regierung gewehrt haben. Dennoch zeichnet sich insbesondere der am Donnerstag zu Ende gehende Wahlkampf durch eine Reihe von Streiks und Arbeitskämpfen aus. Das deutet auch darauf hin, dass die kommende Regierung mit Sozialprotest und Widerstand zu rechnen hat.

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Bei der Post war in den Wahlkampf Tagen ein Streik von 110.000 in der Gewerkschaft CWU organisierten Beschäftigten geplant. Damit wollten sie gegen die sich verschlechternden Arbeitsbedingungen in dem von den Tories privatisierten, ehemaligen Staatsbetrieb protestieren. 76 Prozent der Belegschaft hatten sich an einer Urabstimmung per Briefwahl beteiligt, 97 Prozent waren für den Streik.

Diese Briefwahlen sind laut den britischen Antigewerkschaftsgesetzen vorgeschrieben. Abstimmungen im Betrieb sind verboten, um kollektive Entscheidungsprozesse zu verhindern. Die CWU umging dies, indem sie die jeweiligen Belegschaften zum kollektiven Einwurf ihres Wahlzettels beim nächstgelegenen Briefkasten aufrief. Beeindruckende Videos in den »sozialen Medien« zeigen lange Reihen von Postbeschäftigten, die ihre Wahlzettel mit der Zustimmung zum Streik einwarfen.

Daraus drehten die Unternehmer der Gewerkschaft einen Strick. Sie ließen den Streik gerichtlich verbieten. Zum einen würden die Parlamentswahlen durch einen Ausstand der Post gefährdet, zum anderen habe die Gewerkschaft mit ihrer Mobilisierung Gesetze gebrochen, so die Argumentation. Am 28. November gab der britische »High Court« den Unternehmern recht. Labour-Parteichef Jeremy Corbyn solidarisierte sich mit den Beschäftigten, versprach ein Ende der Antigewerkschaftsgesetze und die Verstaatlichung der Post.

Seit dem 2. Dezember wird die südenglische Bahnlinie »South Western Railways« (SWR) durch Mitglieder der Transportarbeitergewerkschaft RMT bestreikt. Sie wehren sich damit gegen die geplante Abschaffung der Zugbegleiter. Insgesamt sind den gesamten Dezember hindurch Kampfmaßnahmen und Streiks auf der Bahnstrecke geplant. Die Regierung Johnson hat SWR 86 Millionen Pfund Entschädigungszahlungen zugesagt. Labour solidarisierte sich hingegen mit dem Ausstand und versprach die Verstaatlichung dieser und aller anderen britischen Bahnlinien im Falle eines Regierungsantritts. Demgegenüber trat Chris Loder, ein Kandidat der Konservativen aus Dorset, offen als Streikbrecher auf. Er verbreitete in den »sozialen Medien« stolz ein Bild von sich, das ihn als »freiwilligen Helfer« im Einsatz als Zugbegleiter während des Ausstands zeigt.

Streiks gegen Kürzungen und Prekarisierung gab es auch im Bildungsbereich an Colleges und Universitäten. Neue Arbeitsverträge sind für Lehrende oft nur noch befristet oder in Form von Werkverträgen zu haben. Laut der Gewerkschaft UCU sind über die Hälfte aller

Lehrenden von solchen Anstellungsverhältnissen betroffen. Die Bildungsgewerkschaft NEU hat in den vergangenen Wochen eigene Teams organisiert, um in den Nachbarschaften Wahlkampf zur »Rettung des Bildungssystems« zu machen.

11.12.2019